

## ANTRAG

der Abgeordneten Mag. Schneeberger, Weninger, Maier, Dr. Sidl, Moser, Kaufmann, Göll, Ing. Schulz und Schödinger

betreffend EU-Regionalpolitik als wesentlicher Bestandteil des Mehrjährigen Finanzrahmens der EU in der Periode 2021-2027

Der Mehrjährige Finanzrahmen (MFR) ist der langfristige Haushaltsplan der EU. Er gibt die Obergrenzen für die Ausgaben der EU insgesamt und in den verschiedenen Tätigkeitsbereichen vor. Der MFR ist somit entscheidend für die politische Prioritätensetzung auf europäischer Ebene und bildet ein zentrales Element für die Gestaltung der Zukunft Europas.

Die EU-Regionalpolitik ist eines der bedeutendsten europäischen Politikfelder, deren Umsetzung sich direkt auf die regionale Ebene auswirkt. Sie ist Ausdruck der Solidarität innerhalb der EU und der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und bildet für Regionen die Basis für wachstumsfördernde Investitionen und Innovationsimpulse.

Der aktuelle MFR gilt für die Jahre 2014-2020. Im Mai 2018 präsentierte die Europäische Kommission daher einen Vorschlag zum MFR für die kommende Periode der Jahre 2021-2027. Die EU-Staats- und Regierungschefs definierten im Dezember 2018 das Ziel, auf der Tagung des Europäischen Rates im Herbst 2019 eine Einigung zu erzielen.

Bereits im Vorfeld des aktuellen Kommission-Vorschlages hat sich Niederösterreich mit seiner „Initiative der Regionen Europas zur Verlängerung der EU-Regionalpolitik nach 2020“ gemeinsam mit zahlreichen Partnerregionen und Organisationen dafür eingesetzt, dass die EU-Regionalpolitik auch in der Periode 2021-2027 wieder prioritär positioniert ist und ausreichend Berücksichtigung im neuen EU-Haushalt findet. Diese Regionalinitiative wurde von 342 Partnern unterstützt und umfasst rund 74 % der EU-Bevölkerung.

Im Rahmen dieser Initiative wurde zuletzt im Jahr 2018 ein Positionspapier erarbeitet, welches von Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner an Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und den Haushalts-Kommissar Günther Oettinger übergeben wurde.

Eine zentrale Forderung Niederösterreichs und der Partner ist, dass wieder für alle Regionen – unabhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung – finanzielle Mittel für Regionalpolitik (Kohäsionsmittel) zur Verfügung stehen müssen.

Um dieses Anliegen noch zu unterstreichen, wurde von Niederösterreich im Herbst 2018 im Europäischen Parlament gemeinsam mit dem Ausschuss der Regionen eine Konferenz zum Thema „Zukunft der EU-Regionalpolitik“ organisiert. Zuletzt wurde im April 2019 im Rahmen eines Treffens mit der Regionalpolitik-Kommissarin Corina Cretu von Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und Landesrat Martin Eichinger nochmals auf die Wichtigkeit des Themas und die Bedeutung der EU-Kohäsionspolitik für alle Regionen hingewiesen.

Auch auf nationaler Ebene wurden frühzeitig Positionen und Stellungnahmen zur Zukunft der EU-Regionalpolitik erarbeitet. Die Länder haben hierbei mehrfach festgehalten, dass wieder alle Regionen in der Kohäsionspolitik nach 2020 Berücksichtigung finden müssen. Zuletzt befasste sich die Landeshauptleutekonferenz im November 2018 mit der Zukunft der EU-Regionalpolitik und hielt in einem Beschluss fest, dass die Bundesregierung aufgefordert wird, sich auf europäischer Ebene für die Interessen der Länder

einzusetzen, um die Basis für eine erfolgreiche Ausgestaltung der nächsten Förderperiode zu schaffen.

Als erster Erfolg dieser Initiativen und Aktivitäten kann festgehalten werden, dass im Vorschlag der Europäischen Kommission zum MFR 2021-2017 wieder alle Regionen für eine Partizipation an der EU-Regionalpolitik berücksichtigt werden.

Es ist nun allerdings eine adäquate Mittelausstattung zu erwirken und muss sichergestellt werden, dass es zu keinen überproportionalen Kürzungen kommt, die die Kontinuität der Regionalpolitik gefährden würden. Dies betrifft insbesondere auch den Bereich der Europäischen territorialen Zusammenarbeit. Aufgrund der derzeit vorgeschlagenen Mittelausstattung bestehen Bedenken, ob die Aufgaben und die Rolle im Rahmen der Europäischen Integration voll erfüllt werden können.

Um auch in der Zeit nach 2020 eine dynamische und zukunftsgerichtete Regionalpolitik weiterführen zu können, ist es daher für Niederösterreich und die übrigen Regionen von besonderer Bedeutung, dass im Rahmen der nun in die Schlussphase eintretenden Verhandlungen zum MFR 2021-2027 ein besonderes Augenmerk auf eine ausreichende Mitteldotation der EU-Regionalpolitik gelegt wird. Überdies gilt es sicherzustellen, dass die in den nächsten Monaten neu zu besetzenden EU-Institutionen – die künftigen Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträger – über die bisherigen Standpunkte informiert werden und diese berücksichtigen.

Die Gefertigten stellen daher den

### A n t r a g :

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird ersucht, die Bundesregierung im Sinne der Antragsbegründung aufzufordern, die Position Niederösterreichs und der Bundesländer bei den Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen der EU für

die Periode 2021-2027 – auch bei den künftigen Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträger der EU-Institutionen – weiterhin mit Nachdruck zu vertreten.“